

Fusion mit Turgi: Mehrheit der FDP empfiehlt ein Ja am 13. Juni

Baden könnte «an Einfluss und Wichtigkeit gewinnen» – eine Minderheit der Mitglieder teilt die Meinung der SVP.

Pirmin Kramer

Überraschend hat die SVP Baden vergangene Woche die Nein-Parole für den 13. Juni bekannt gegeben. Dann wird in Baden und Turgi über die Ausarbeitung eines Fusionsvertrages abgestimmt. CVP, Team und SP hingegen gaben bekannt, dass sie bei der Abstimmung ein Ja empfehlen.

Nun zeigt sich: Die SVP steht mit ihrer Parole nach wie vor alleine da. Denn am Freitag hat auch die FDP Stellung bezogen: «Vorstand und Fraktion haben sich grossmehrheitlich dafür ausgesprochen, die Ausarbeitung eines Fusionsvertrags mit Turgi zu unterstützen.» Die Partei habe sich intensiv mit der möglichen Fusion mit Turgi auseinandergesetzt. Zwischen Januar und April wurden vier Arbeitstreffen abgehalten, teilweise unter Einbezug externer Experten.

«Mittel- bis langfristig ist es wichtig, dass Baden an Einfluss und Wichtigkeit gewinnt, um die Interessen einer prosperierenden Gesellschaft und Wirtschaft tatkräftig vertreten zu können. Beispielsweise gegenüber dem Kanton, gegenüber anderen Wirtschaftsregionen oder gegenüber dem Bund und den Bundesbetrieben», teilt die FDP mit.

Die Partei ist überzeugt, dass die regionale Zusammenarbeit bis hin zu Fusionen ein wichtiger Pfeiler für die Entwicklung Badens sei – ganz im Sinne von «Stillstand ist Rückschritt». Die Ausarbeitung eines Fusionsvertrags wäre ein erster Schritt in diese Richtung.

«Ein Ja könnte Signalwirkung haben»

«Turgi kann und darf aber nicht die letzte mögliche Fusionspartnerin sein», ist die FDP überzeugt. Das Bekenntnis der Ba-

dener Bevölkerung zur Ausarbeitung eines Vertrags mit Turgi könnte Signalwirkung haben: «Wir zeigen, dass man mit uns zusammenarbeiten, die Zukunft gestalten und weiterdenken kann.»

«Turgi kann und darf nicht der letzte Fusionspartner von Baden sein.»

FDP Baden Stellungnahme zur Fusionsfrage

Turgi biete Baden als neues Quartier ausserdem raumplanerisches Entwicklungspotenzial für Wohnen und Industrie, zum Beispiel beim Bahnhofareal. Die mit in der Vergangenheit zu Baden gestossenen Quartiere Dättwil, Rütihof oder Münzlishausen zeigten, wie man das bestehende Stadtleben attraktiv ergänzen und gleichzeitig einen eigenen Charakter bewahren kann.

«Finanzielle Folgen sind vernachlässigbar»

Um das Fusionsprojekt erfolgreich umzusetzen, müsse Baden jedoch «die nötigen Hausaufgaben» machen: Die Verwaltung müsse endlich schlanker aufgestellt und Prozesse optimiert werden.

Insgesamt erkenne man aber keine nennenswerten Nachteile eines möglichen Zusammengehens mit Turgi, insbesondere die finanziellen Folgen – ob posi-

tiv oder negativ – seien vernachlässigbar.

Einzelne Fraktionsmitglieder sprechen sich aber gegen die Ausarbeitung des Fusionsvertrags aus: «Aus ihrer Sicht sind keine direkten positiven Auswirkungen der Fusion identifizierbar, und die absolute Grösse unserer Gemeinde sollte kein prioritäres Ziel sein.» Bei Fusionen würden zudem oft Synergiepotenziale überschätzt und die Verschlingung der Verwaltung würde einen Rückschlag erleiden, lässt die Minderheit der FDP-Mitglieder verlauten.

Am 13. Juni wird über die Ausarbeitung eines Fusionsvertrages abgestimmt, noch nicht aber über den Entscheid, ob Baden und Turgi sich zusammenschliessen. Darüber würde – nur im Falle eines Ja in beiden Gemeinden diesen Sommer – erst im Jahr 2023 abgestimmt. Ein Zusammenschluss könnte im Jahr 2024 Tatsache werden.

Baden erhält ein Jugendparlament

Baden Die Jungen möchten sich politisch einbringen. Das soll ab Mai auch in der Stadt Baden möglich sein. Ein Jugendparlament JuPa startet mit 17 politisch motivierten und engagierten Jugendlichen in die erste Runde. Das JuPa steht allen Jugendlichen im Alter von 13 bis 25 Jahren offen. Dies unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsstatus. Mit der Gründung soll ein Ort der Mitsprache für Badener Jugendliche entstehen. Ihre Anliegen sollten gehört und berücksichtigt werden. So können die politische Partizipation gefördert und ein Beitrag zur politischen Bildung geleistet werden.

Dass Jugendliche in Baden zu Parlamentariern werden sollen, stand schon 2019 fest. Anstoss dafür war das Label «Kinderfreundliche Gemeinde», welches die Stadt für weitere vier Jahre vom Unicef erhielt. Im folgenden Jahr wurde die Kinder- und Jugendanimation der Fachabteilung Gesellschaft mit der Umsetzung des Jugendparlaments beauftragt. Mit Hilfe des Dachverbandes Schweizer Jugendparlamente DSJ ist ein eigenständiger Verein entstanden.

«Wir haben die Jugendlichen in ihren Anliegen und dem Gründungsprozess unterstützt», sagt Projektleiterin Gerda Klamer auf Nachfrage. Mit der Vereinsgründung würden die Jugendlichen einen grossen Schritt in die Selbstständigkeit machen. «Sie entscheiden, welche Projekte sie angehen möchten. Es geht ja um ihre Anliegen, welche im JuPa angegangen und umgesetzt werden sollen», ergänzt Klamer. Die Vereinsgründung findet am 1. Mai – coronakonform – online statt. Die erste Jugendsession startet im Herbst. (wue)

Bodenmarkierung für neue Badener Parkregeln

Baden In den vergangenen Tagen hat die Stadtpolizei Baden erste Bodenmarkierungen in verschiedenen Quartieren für das neue Parkierungsreglement der Stadt aufbringen lassen. Zeitgleich erfolgte die Ausschreibung der nötigen Zonensignalisation für die Quartiere Innenstadt Süd und Innenstadt Nord und Kappelerhof, schreibt die Stadt in einer Mitteilung. Die Ausschreibung für die Quartiere Allmend, Meierhof und Dättwil folgt zu einem späteren Zeitpunkt. Die Zonensignalisation der Parkraumzone 8 (Rütihof) ist bereits erfolgt.

Erst nach der Umsetzung könne das Parkieren von Personenvagen auf sämtlichen öffentlichen Strassen und Plätzen auch kontrolliert werden. Die Öffentlichkeit werde über Quartiervereine und Medienmitteilungen noch einmal darüber informiert, heisst es in der Mitteilung weiter. Zudem würden fehlbare Fahrzeuglenkende während der ersten Kontrolltage mittels Steckzettel zunächst über die Neuerungen informiert. (az)

Traditionslokal verschwindet nach 180 Jahren

Das Neuenhofer Gasthaus Posthorn wird ausgehöhlt – nach der Sanierung soll es in altem Glanz erstrahlen.

Seit vergangener Woche beissen sich Bagger durch die Fassade des «Posthorn» an der Zürcherstrasse in Neuenhof. Die Abrissarbeiten am geschichtsträchtigen Wirtshaus erregen die Gemüter. Auf Facebook zeigen sich Einwohnerinnen und Einwohner besorgt: «Abbruch? Das ist Neuenhofer Geschichte!» Abreißen dürfen die Eigentümerinnen Eveline Voser-Waerber und Yvonne Loosli-Voser das «Posthorn» nicht: Das Gebäude mit Baujahr 1834 steht unter Ortsbildschutz. In den nächsten anderthalb Jahren sanieren die Schwestern das «Posthorn» umfassend. An Stelle des ehemaligen Gasthauses bauen sie sieben Mietwohnungen ein – je zwei auf den drei Stöcken sowie eine im Dachstock.

Den Anbau für die Restaurantküche auf der Rückseite sowie den zusätzlichen Vorraum auf der Seite entfernen die Besitzerinnen während des Umbaus. Sie möchten das Gebäude in sein Ursprungsvolumen zurückversetzen. Zudem ergänzen sie den Altbau durch einen L-förmigen Neubau mit 16 Wohnungen. Ferdy Blaser von Blaser Baumanagement AG, der das Bauprojekt leitet und die Bauherrschaft vertritt, sagt: «Um das «Posthorn» weiterhin als Restaurant zu vermieten, hätten die Eigentümerinnen grosse Investitionen machen müssen.»

Gebäudestatik als Herausforderung

Erfreut über den Baubeginn zeigt sich der leitende Architekt Christian Aberle vom Badener Büro Rgp Architekten Sia AG: «Die ersten Skizzen entstanden 2012. Lange haben wir mit Orts-



Bagger entfernen mehrere Anbauten am «Posthorn» in Neuenhof, einst Gaststätte auf der Postlinie Zürich–Aarau–Bern. Bild: Sandra Ardizzione

bildschutz und Denkmalpflege diskutiert, bis wir einen Konsens fanden.» Nach dem Abriss der Anbauten werde ein Kran gestellt, um das «Posthorn» zu ent-

kernen. «Die Innenwände und Decken bauen wir bis auf den Gewölbekeller zurück», sagt Aberle. Die Statik des über 180-jährigen Gebäudes stelle ihn und

den beauftragten Bauingenieur immer wieder vor neue Herausforderungen. «Das Bruchsteinmauerwerk ist nicht so tragfähig wie eine Betonwand.»

Ein Metallbauer restauriere das denkmalgeschützte Wirtshaus, sagt Aberle. Nach Abschluss der Bauarbeiten kehre es an seinen angestammten Platz zurück, um weiterhin an die bewegte Geschichte des «Posthorn» zu erinnern. Das markante Gebäude, einge-

klemmt zwischen altem Dorfinnerer und Hauptverkehrsader von Neuenhof, war einst Gasthof und Pferdewechselstelle auf der Postlinie Zürich–Aarau–Bern. In einer Zeit, wo Briefe noch per Postkutsche versendet wurden, freuten sich Kutscher und Reisegäste hier über eine Rast. Bis zum Bau des ersten Postbüros im Jahr 1885 diente die Gaststätte als Postablage.

Rahel Künzler